



FDP | 25.09.2014 - 10:15

Schwarz-Rot setzt Aderlass der deutschen Sparer fort



Eine neue Studie der Allianz zeigt deutlich: Die Politik der Bundesregierung in der Eurokrise hat die deutschen Sparer bereits 23 Milliarden Euro gekostet. FDP-Präsidiumsmitglied Volker Wissing kritisiert den unverantwortlichen Umgang mit den Staatsschulden. Die Bundesregierung schiebe die Lösung der Krise auf die lange Bank, indem sie den Schuldenabbau hinauszögere und damit für eine künstliche Verlängerung der Niedrigzinspolitik Sorge, erklärt er.

Die Quittung dafür erhalten die Sparer: Jeder Bundesbürger hat im Schnitt bereits 281 Euro für die Eurokrise ausgegeben. Wissing stellt klar: Die Verantwortlichen für den "Aderlass der deutschen Sparer" säßen in den Regierungen Europas, auch in Berlin, denn diese hätten ihre Reformanstrengungen weitgehend eingestellt und setzten stattdessen auf eine geldpolitische Lösung der Eurokrise durch die Europäische Zentralbank.

Berlin setzt schlechtes Beispiel

In Sachen Reformen sei die Große Koalition in Berlin mit besonders schlechtem Beispiel vorangegangen. "Union und SPD haben die bereits beschlossene Schuldentilgung ab 2015 vertagt", kritisiert der liberale Finanzexperte. Die Bundesregierung wolle gar keine Schulden aktiv tilgen, sondern vertraue darauf, dass Inflation und Wirtschaftswachstum die Schulden irgendwann verschwinden lassen würden. "Das ist Haushaltskonsolidierung im Schneckenang", so Wissing.

Für ihn ist eindeutig: "Eine Regierung, die wie die Bundesregierung Reformen verweigert, kann diese auch nicht von anderen Regierungen einfordern." So verwundere es nicht, dass auch andere Euroländer

sich weigerten, ihrer Bevölkerung Einschnitte zuzumuten. "Das führt dazu, dass aus der akuten Eurokrise mittlerweile eine chronische geworden ist", stellt er fest.

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/schwarz-rot-setzt-aderlass-der-deutschen-sparer-fort>